

1. Einleitung

Untersuchungsgegenstand und Fragestellung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit stellt einen Beitrag zur Diskussion über die Rolle der politischen Arbeiterbewegung im Vorfeld der gewaltsamen Zerstörung der Ersten Tschechoslowakischen Republik (ČSR) im September 1938 dar. Im Mittelpunkt des Interesses steht deshalb die Frage, welche Möglichkeiten für die drei auf dem Gebiet der böhmischen Länder tätigen Arbeiterparteien - dies sind die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (ČSD), die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP) und die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) - bestanden, auf jene nationalistische Radikalisierung, die die Entwicklung zum Münchener Abkommen begünstigte, innenpolitisch Einfluß zu nehmen, und ob diese resp. warum diese nicht ergriffen wurden. Zum Gegenstand der Arbeit werden damit die in der Zeit von 1933 bis 1938 aus der Faschismusanalyse generierten gesellschafts- und außenpolitischen Strategien als Reaktion auf die zunehmende äußere und innere Bedrohung durch Hitler und Henlein. Durch eine Analyse der unterschiedlichen Interessenlagen und politischen Sachzwänge der Arbeiterparteien soll in dieser Arbeit die Frage beantwortet werden, warum es den Sozialdemokraten bis zum Münchener Abkommen nicht gelang, mit den anderen demokratischen Kräften und unter Einbeziehung der Kommunisten ein konsistentes Konzept zur konsequenten Verteidigung der Republik gegen die Gefahr der faschistischen¹ Aggression zu erarbeiten und zu realisieren. Dabei wird zu zeigen sein, daß vor dem Hintergrund realer politischer Rahmenbedingungen eine anfänglich bestehende programmatische Übereinkunft zwischen der ČSD und der DSAP für eine gemeinsame Antikrisenpolitik zusehends zerfiel und daß es die ideologische und nationale Frontstellung innerhalb des linken Lagers sowie ein tradiertes Selbstverständnis der Parteiführungen verhinderten, dem Angriff auf

¹ Kein anderer Ordnungsbegriff hat in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Diskussion eine ähnlich kontroverse Beurteilung erfahren wie der Begriff des Faschismus. Dies betrifft insbesondere seine Anwendung auf den reichsdeutschen Nationalsozialismus. Seine Gegner kritisieren vor allem, daß bei der Verwendung eines allgemeinen Faschismusbegriffs die Gefahr einer ungenauen Schematisierung des historischen Phänomens des Nationalsozialismus bestehe, daß der italienische Faschismus eine nicht verallgemeinerbare Besonderheit besitze oder daß es stets eine begriffliche Absetzung des Nationalsozialismus vom italienischen Faschismus gegeben habe. Demgegenüber plädieren mit jeweils überzeugenden Argumenten *Nolte* für die Verwendung eines historisch-phenomenologischen Faschismusbegriffs oder *Wippermann* für einen generischen Faschismusbegriff und die Erarbeitung einer multikausalen Faschismustheorie. Vgl. E. Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; W. Wippermann: *Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, Darmstadt 1997.

Da sich der in der tschechischen Forschung gebräuchliche Begriff des 'Nazismus' für die Kategorisierung Hitlers und Henleins und ihrer politischen Bewegungen in der deutschen Geschichtsforschung für die böhmischen Länder nicht durchsetzen konnte, hat sich der Verfasser zu folgender sprachlicher Regelung entschieden: Es wird der Begriff des 'Faschismus' gebraucht, und zwar sowohl generalisierend für den Faschismus als politischem Gegner der Arbeiterbewegung, wenn dies im Zusammenhang mit der marxistischen Faschismuskritik erfolgt, als auch phänomenologisch als Bezeichnung für alle Bewegungen und Parteien, die mittels einer antidemokratischen, antiliberalen und antisozialistischen Ideologie die Durchsetzung einer autoritären Staatsordnung anstrebten, nach dem Führerprinzip hierarchisch gegliedert waren und einen extremen Nationalismus propagierten. Der Begriff des 'Nationalsozialismus' wird hingegen nur verwandt, wenn konkret auf die NSDAP oder auf das NS-Regime als deutscher Variante des Faschismus Bezug genommen wird.

die ČSR neue Kampfformen entgegenzustellen. In der für die böhmischen Länder typischen Situation der abgemilderten Klassengegensätze fanden besonders unter der sudetendeutschen Bevölkerung nationalistische Appelle und die völkische Ideologie größeres Gehör als die Parolen eines sozialistischen Internationalismus oder eines kämpferischen Antifaschismus und ließen auch weite Teile der Arbeiterschaft zur Henleinbewegung – Sudetendeutsche Heimatfront (SHF), ab 1935 Sudetendeutsche Partei (SdP) – überwechseln. Das tschechoslowakische Regierungssystem erwies sich in dieser Situation als bewegungsunfähig. Es ließ den Arbeiterparteien aber auch nach der innerparteilichen Wende der Kommunisten ab dem Herbst 1934 keine politischen Spielräume, um ihren Grundkonsens in der Frage der Abwehr des Faschismus in gemeinsames politisches Handeln umzusetzen, so daß sich die Sozialdemokraten in der durch die tschechische Agrarpartei dominierten Regierungskoalition verschlissen.

Mit der Entstehung faschistischer Regime in Europa begann für die Arbeiterbewegung eine Epoche, die alle zurückliegenden Repressionen als vergleichsweise milde erscheinen ließ. Zum ersten Mal in der Geschichte hatte es sich ein politisches System nicht nur zur Aufgabe gemacht, die gesellschaftlichen und politischen Einflußmöglichkeiten der organisierten Arbeiterbewegung zu begrenzen und diese in das System kapitalistischer Warenproduktion zu integrieren. Sein Ziel war es darüber hinaus, die Gewerkschaften und die Organisationsstrukturen der politischen Arbeiterbewegung zu zerstören und ihre Führer physisch zu vernichten. Für die Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern, die seit 1929 mit den beiden sozialdemokratischen Parteien einen festen Bestandteil der tschechoslowakischen Regierung bildete, wurde diese Bedrohung zudem dadurch gesteigert, daß die ČSR, die nach dem Fall der österreichischen Demokratie im Februar 1934 den letzten Ort repressionsfreier politischer Betätigung in der Region darstellte, vom Deutschen Reich im Zuge seiner rassistisch legitimierten Großraumpolitik als primärer wirtschaftspolitischer und geostrategischer Einflußbereich betrachtet wurde. Bereits mit der Machtergreifung Hitlers wurde somit die politische Strategie der tschechoslowakischen Regierung durchbrochen, die mit Unterstützung der Sozialdemokraten die ČSR stets in der internationalen politischen und wirtschaftlichen Sphäre zu erhalten und zu stabilisieren gesucht hatte, und erforderte eine politische Neuorientierung. Denn die großdeutschen Ambitionen Hitlers, die durch die angestrebte staatliche Zusammenführung der exterritorialen Minderheiten auf eine nachhaltige Veränderung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa über den *Status quo* von 1914 hinausgehend abzielte, bedrohten unmittelbar die territoriale Existenz der ČSR. Diese wurde zu einem erstrangigen Ziel des deutschen Expansionsdrangs und stellte dadurch auch die nationale Existenz der Tschechen infrage, die nach Hitlers Plänen als eigenständige Nation verschwinden sollten. Darüber hinaus bot das nationalsozialistische Konzept der deutschsprachigen Minderheit in der ČSR erstmals die Möglichkeit, aktiv an der Zerstörung der innerstaatlichen Machtverhältnisse mitzuwirken. Auf außenpolitischem Gebiet mußte die Regierung nach 1933 daher die Abhängigkeiten vom Deutschen Reich lockern und statt dessen die Beziehungen zu Frankreich intensivieren, Kontakte zur UdSSR als einer weiteren potentiellen Schutzmacht aufnehmen und versuchen, die Kleine Entente wiederzubeleben und um neue Aufgaben zu erweitern.

Diese äußere Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat und die in ihm agierenden Arbeiterparteien wurde innenpolitisch durch einen deutlichen Rechtsruck der deutschsprachigen Minderheit verstärkt. Infolge der sozialen Krise, der nationalsozialistischen Propaganda und der mangelnden Attraktivität der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption hatte die Mehrheit der Sudetendeutschen alle Hoffnungen und jeglichen Willen zur friedlichen Verständigung im tschechoslowakischen Vielvölkerstaat aufgegeben und strebte zunehmend die Angliederung ihrer Siedlungsgebiete an das Deutsche Reich an. Diese Entwicklung profitierte neben den Alltagserfahrungen sozialer und nationalpolitischer Defizite aber auch von der quasi-religiösen Faszinationskraft faschistischer Ideologie, die in enger Anlehnung an die Lehren Othmar Spanns eine revolutionäre Weltanschauung auf völkisch-nationalistischer Basis schuf, in der sich weltlich-religiöser Chiliasmus und Messianismus politisch artikulierten. Ohne eine ausgeprägte Bereitschaft zu striktem Gehorsam und Gefolgschaft unter breiten Bevölkerungskreisen, die nicht allein mittels Angst oder Anpassungsdruck erklärt werden kann, und ohne eine Unempfänglichkeit für rationale politische Argumentationen sowie ohne eine offensichtliche Bereitschaft, alles Erdenkliche im Dienst der völkischen Mission zu tun, hätte sich diese nationalrevolutionäre politische Kultur aber nicht durchsetzen können.

Seinen politischen Ausdruck fand diese Entwicklung in den böhmischen Ländern – den westlichen Landesteilen der ČSR – im raschen Aufstieg der Henleinbewegung, deren politische Bestrebungen einen nachhaltigen Angriff auf die Unabhängigkeit und Integrität des Staates und somit auch für das Aktionsfeld der dortigen Arbeiterparteien bedeuteten. Legen wir die idealtypischen Kriterien zur Kategorisierung faschistischer Bewegungen zugrunde, die von der historischen Faschismusforschung für diesen politischen - wenn auch methodologisch umstrittenen - Ordnungsbegriff aufgestellt wurden, kann kein Zweifel daran bestehen, daß auch die Henleinbewegung in ihrem Wesen eine faschistische Organisation war². Hierüber können auch die anfängliche Betonung der vermeintlichen ideologischen und politisch-programmatischen Unterschiede zum reichsdeutschen Nationalsozialismus sowie Henleins öffentliche Loyalitätsbekundungen zur ČSR nicht hinwegtäuschen³. Die SHF/SdP war eine autoritär geführte und äußer-

² Nach Bracher sind die maßgeblichen Kriterien einer faschistischen Partei oder Bewegung: 1. ideologische Radikalisierung in völkisch-rassistischer, antidemokratischer und antikommunistischer Hinsicht, 2. die rhetorische und politische Abwendung vom parlamentarischen System in der bürgerlichen Demokratie, 3. ein autoritärer, quasi-militärischer innerparteilicher Führungsstil nach dem Führerprinzip, 4. ein Dualismus von legaler Partei und revolutionärer Formation als Folge des Willens zur Durchsetzung eines politischen Machtanspruchs, 5. pseudo-religiöse Inszenierungen von Kundgebungen mittels moderner Propagandatechniken, 6. das eklektische und vage ideologische Programm mit der zentralen Herausstellung von Nation oder Rasse mit dem Ziel der Errichtung eines Großstaates, 7. ein "Kult der Gewalt und der Aktion, ... die Erzeugung und Verabsolutierung von Haß und Feindschaft", 8. ein Sammelbecken für politisch Unzufriedene, 9. die Ausweitung der sozialen Basis der Bewegung auf Deklassierte oder von sozialem Abstieg Bedrohte durch das Vorgeben eines klassenübergreifenden sozialen Ausgleichs, bei in Wirklichkeit einseitigem sozialen Profil. K. D. Bracher: Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 27 ff.

³ Wie neuerlich argumentiert wird, gab es weitaus mehr Übereinstimmungen als Gegensätzlichkeiten zwischen Spannismus und Nationalsozialismus, so daß wir davon ausgehen können, daß die Anlehnung der SHF/SdP an die Lehre Spanns sie von Anfang an in die ideologische Nähe zur NSDAP brachte. Vgl. zu dieser These C. Boyer/J. Kučera: Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus, in: H. Möller u.a. (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 273-85. Ideologische Unterschiede bestanden nur insofern, daß der Spannismus seinen Volkstumsbegriff nicht als rassische, sondern als geistige Gemeinschaft verstand, daß es eine

lich streng nach dem Führerprinzip strukturierte politische Organisation, die zunächst die politische Vereinigung aller Deutschen in der ČSR anstrebte. Diese unter dem Begriff der 'nationalen Sammlung' firmierende Einigungsbewegung verfolgte dabei durchaus ambivalente Zielsetzungen, indem sie diese Einheit sowohl als selbständigen deutschen Stamm in der ČSR als auch als geschlossenen Bestandteil des 'Gesamtdeutschtums' zu formieren suchte. Unter Ablehnung des marxistischen Klassenkampfmodells strebte die SHF/SdP eine gesellschaftliche Gliederung nach der Maßgabe eines ständestaatlichen Modells an und versprach hierin eine gerechtere Lösung der sozialen Frage. Der Sammlungsgedanke der SHF/SdP wandte sich zunächst nicht explizit gegen das politische System der parlamentarischen Demokratie, zeigte aber deutlich, daß sie ihr politisches Aktionsfeld vorrangig im außerparlamentarischen Raum suchte. Politisch strebte die SHF/SdP die Umwandlung der ČSR von einem Nationalstaat in einen Nationalitätenstaat mit föderaler Organisationsstruktur an, in dem die deutschsprachige Minderheit mit umfassenden nationalen Autonomiebefugnissen auszustatten sei. Mit diesem Programm gelang es der Henleinbewegung, die Sudetendeutschen an sich zu binden und die bisherige Ausrichtung des Regierungsaktivismus zu unterlaufen. Auch wenn sich die SdP erst im November 1937 nach mehrjährigen internen Flügelkämpfen vollständig in den Dienst der außenpolitischen Ziele Deutschlands stellte, spielte ihr politisches Vorgehen in der ČSR und gegenüber den Westmächten den Bestrebungen Hitlers seit 1933 in die Hände. Diese Zusammenhänge wurden von den Arbeiterparteien in der ČSR auch von Anfang an so interpretiert, obgleich objektiv zunächst höchstens von einem Versuch der negativen Integration und nicht von Separationsbestrebungen ausgegangen werden mußte.

Infolge dieser Entwicklung war es für die Regierungsparteien dringend erforderlich geworden, schnell und einheitlich zu einer aktiven Antikrisenpolitik durch den Staat zu gelangen, in der sozioökonomische und nationalpolitische Maßnahmen mit demokratiesichernden Aspekten zu verbinden waren. Die Regierung setzte zunächst auf die gewaltsame Unterdrückung des Faschismus durch ein Einreiseverbot für nationalsozialistische Redner, ein Verbot des Tragens brauner Hemden, und im Sommer und Herbst 1933 verabschiedete das Parlament Ermächtigungsgesetze zur Einschränkung staatsfeindlicher Partei- und Pressetätigkeit, auf deren Grundlage im November 1933 zwei radikal-nationalistische sudetendeutsche Parteien verboten wurden. Die beiden sozialdemokratischen Parteien waren unbestritten die treibenden Kräfte bei der Durchsetzung dieser Maßnahmen zur administrativen Bekämpfung des Faschismus und des radikalen Nationalismus. Darüber hinaus wurden sie auch bei der propagandistischen Bekämpfung faschistischer Agitation initiativ und beschränkten diese keineswegs nur auf die Arbeiterschaft. Demgegenüber entwickelte die Regierung - und mit ihr die Sozialdemokraten - aber nur wenige Initiativen zur Lösung der Probleme der ethnischen Minderheiten. Indem der Staat Reformschritte nicht rechtzeitig einleitete und es ihm nicht gelang, die vergleichsweise hohe Ar-

gewisse Hinneigung zum Katholizismus und eine Betonung des österreichischen Elements gab und daß eine begrenzte Kritik am angeblichen Opportunismus Hitlers auf seinem Weg zur Macht und an der Ausrichtung des Dritten Reichs vorgenommen wurde. Vgl. dazu V. Kural: *Konflikt místo společenství? Češi a Němci v československém státě (1918-1938)*, Praha 1993, S. 122. Vgl. auch die ausführliche Diskussion dieser Zusammenhänge aus der Sicht der sozialdemokratischen Faschismusanalyse in Kap. 4.2.

beitslosigkeit in den Grenzgebieten abzubauen, konnte er die Sudetendeutschen nicht an die staatspolitischen Interessen binden, sondern unterminierte die politische Stellung des Regierungsaktivismus.

Wirtschaftspolitisch war die Regierung mit dem Konzept angetreten, durch die Regulierung der Wirtschaftsabläufe und sozialpolitische Maßnahmen die Wirtschaftskrise zu überwinden. Auf der Grundlage weiterer Ermächtigungsgesetze erließ sie insgesamt 240 Notverordnungen und trennte sich im Januar 1934 von den wirtschaftsliberalen Nationaldemokraten, um einen tschechoslowakischen *'New Deal'* in Angriff nehmen zu können. Insgesamt blieb die Regierung aber auch auf diesem Gebiet erfolglos. Denn es gelang ihr aufgrund der divergierenden Wirtschaftsinteressen nicht, zu einer groß angelegten konzertierten Aktion eines Krisenmanagements zu finden, sondern sie betrieb im wesentlichen sektorale Wirtschaftsförderung, so daß vorausgesetzt werden kann, daß sich der Staat und die ihn tragenden Parteien gegenüber dieser dreifachen Herausforderung nicht als ausreichend lern- und anpassungsfähig erwiesen.

Die beiden letzten Jahre der Republik standen im Zeichen der Verteidigung der ČSR gegen die innere und äußere Bedrohung. Die tschechischen Linksparteien und die 'Burg-Gruppe', der informelle Kreis um den Staatspräsidenten, differenzierten klar zwischen dem NS-Regime und der Henleinbewegung auf der einen und den deutschen Demokraten innerhalb und außerhalb des Staates auf der anderen Seite. Soweit diese Asyl in der ČSR suchten, konnten sie mit tatkräftiger Unterstützung rechnen. Präsident Beneš und die Regierung Hodža (seit 1935) konnten sich jedoch noch immer nicht zu einer entschiedenen Politik in der sudetendeutschen Frage durchringen und unterließen es, die an der Staatsgestaltung beteiligten 'Aktivisten' durch tatsächliche Zugeständnisse gegen die SdP zu stärken. Auch die letzte Initiative der sudetendeutschen Regierungsparteien vom Januar 1937, bescheidene Reformen herbeizuführen, scheiterte und diskreditierte dadurch den sog. 'Jungaktivismus', da sich der am Primat der Außenpolitik orientierte Staatspräsident und die von der Agrarpartei dominierte Regierung, die mittlerweile eine außen- und wirtschaftspolitisch motivierte Mitteleuropa-Konzeption verfolgte, zu keiner tiefgreifenden Hilfe für die wirtschaftlich gebeutelten Grenzgebiete entscheiden konnten. Einer von den Agrariern verfolgten, wenn auch nur vorsichtigen Annäherung an das Deutsche Reich und einer politischen Einbeziehung der SdP schienen allzu enge Kontakte mit den Anti-Henleinkräften nicht gerade förderlich zu sein.

Während die tschechischen Parteien ihre Positionen in etwa behaupten konnten, hatten bei den Parlamentswahlen von 1935 zwei Drittel und bei den Kommunalwahlen von 1938 sogar neun Zehntel der deutschsprachigen Wähler ihre Stimme der SdP gegeben, obwohl bei der zweiten Wahl über deren Unterordnung unter die Politik des Deutschen Reichs kein Zweifel mehr bestand. Diese Wahlsiege der SdP bildeten die Voraussetzung für den Anspruch Hitlers auf Anschluß des 'Sudetenlands', den er 1938 gegen die tschechoslowakische Regierung in enger Abstimmung mit Konrad Henlein und schließlich mit Zustimmung Mussolinis, Chamberlains und Daladiers auf der Konferenz von München durchsetzte. Im März 1938 gingen die bürgerlichen aktivistischen Parteien in der SdP auf. Dieser Umstand trug zur Kapitulationsbereitschaft Benešs bei, der nicht gewillt war, das Land ohne militärische Verbündete und mit einer

mittlerweile in weiten Teilen militanten sudetendeutschen Minderheit in einen Krieg gegen Deutschland zu führen. In dieser Haltung wurde er von den tschechischen Sozialdemokraten unterstützt. Das entschlossenste - wenn auch nur verbal vorgebrachte - Bekenntnis zur Verteidigung der Republik lieferten die Kommunisten. Obwohl es ihnen in den Jahren zuvor nicht gelungen war, eine Einheits- und Volksfront gegen den Faschismus aufzubauen oder die französische Volksfrontbewegung stärker für das Schicksal der ČSR zu engagieren, gelang es ihnen, sich auf diese Weise aus der politischen Isolierung zu lösen.

Auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß die Zerschlagung der ČSR von äußeren Kräften herbeigeführt und vorgenommen wurde, muß somit vorausgesetzt werden, daß die Vielzahl an innenpolitischen Defiziten eine Situation beförderte, in der die tschechoslowakische Regierung dieser Entwicklung ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr effektiv entgegensteuern konnte. Dies betraf sowohl den wirtschafts-, sozial- und nationalpolitischen Reformstau seit den zwanziger Jahren, der zu einer Entfremdung der Bürger - und zwar nicht nur unter den nationalen Minderheiten - vom Staat und seiner politischen Führung führte, als auch die daraus ableitbaren Argumentationen für das nationalsozialistische Deutschland gegenüber den politischen und militärischen Verbündeten der ČSR. Diese Beobachtung gewinnt umsomehr an Bedeutung, wenn wir idealtypisch unterstellen, daß das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung als entscheidender Akteurin von einer Interdependenz von gesellschaftlichem und politischem System, internationalen Verflechtungen sowie außenpolitischen Entscheidungen bestimmt war. D.h. es bestand für sie eine Korrelation zwischen dem Herrschafts- und Gesellschaftssystem in der ČSR und der außenpolitischen Orientierung des Staates, wie umgekehrt Auswirkungen aus den Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der weltpolitischen Ordnung auf die innerstaatlichen Entscheidungsprozesse vorausgesetzt werden müssen. Doch gerade weil die von der Weltwirtschaftskrise, vom Zusammenbruch des internationalen Sicherheitssystems und von der Radikalisierung der nationalen Minderheiten ausgehende Bedrohung die Polarisierung innerhalb des sozialen und politischen Systems begünstigte, kam der inneren Befriedung als Voraussetzung jeder Form von staats- und systemerhaltender Politik eine besondere, ja existentielle Bedeutung zu. Somit kann die zentrale Frage der tschechoslowakischen Politik nach 1933, nämlich die Abwehr der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehenden Bedrohung für die ČSR, zu allererst als ein innenpolitisches Problem aufgefaßt werden.

Vor diesem Hintergrund und der bereits vor 1933 offenkundigen Tatsache, daß der Faschismus vor allem den Bestand der organisierten Arbeiterbewegung infrage stellte, scheint es dem heutigen Betrachter unverständlich, warum die Arbeiterparteien insbesondere nach den Erfahrungen der Sozialisten in Deutschland und Österreich nicht in der Lage waren, dieser Entwicklung zumindest innenpolitisch entgegenzuwirken und eine demokratisch-sozialreformerische Politik durchzusetzen, die dazu hätte beitragen können, die Ereignisabfolge in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies gilt umso mehr, als daß der Faschismus wie in allen europäischen Arbeiterparteien auch in der ČSR seit seinem Entstehen als gesamteuropäische Bedrohung und die Verhinderung seines Vordringens zur Macht stets als universelle Herausforderung verstanden wurden. Darüber hinaus stellten die Arbeiterparteien in der ČSR und besonders in

deren westlichen Landesteilen keine marginalen Kräfte im politischen System dar, sondern sie besaßen eine feste gesellschaftliche Verankerung und eine langjährige politische Tradition. Zu Beginn der dreißiger Jahre verfügten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam über gut 30 % der Abgeordnetenmandate, zusammen mit den verbündeten tschechischen Nationalen Sozialisten waren es etwa 40%. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die seit 1929 wieder zu einem festen Bestandteil der Regierung geworden waren, stellten in rechnerischer Verbindung mit den Nationalen Sozialisten knapp die Hälfte des parlamentarischen Rückhalts der Regierung. Nach dem Ausscheiden der tschechischen Gewerbspartei 1932 und der Nationaldemokraten 1934 aus der Regierung stieg deren Anteil noch einmal erheblich an und blieb auch nach dem deutlichen Wahlverlust der DSAP von 1935 weiterhin bestehen, so daß die Gründe für die offensichtliche Schwäche der politischen Arbeiterbewegung zunächst nicht auf quantitative Faktoren zurückgeführt werden können. Es wird daher zu untersuchen sein, inwiefern es politische, ideologische und nationale Gegensätze innerhalb des linken Lagers waren, die deren Schwäche bedingten.

Ins Zentrum des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit rückt somit die Frage nach möglichen Handlungsspielräumen für eine parteiübergreifende staaterhaltende, antifaschistische Politik in der Krisensituation der dreißiger Jahre. Diese soll sowohl als Antwort auf die politische Offensive staatsfeindlicher Organisationen - vor allem der SHF/SdP - und damit als eine Kombination von demokratisierenden Maßnahmen mit einer sozial-, wirtschafts- und nationalpolitischen Reformpolitik verstanden werden als auch als die hiermit einhergehende Suche nach den bestmöglichen Voraussetzungen für eine effektive und tragfähige bündnispolitische Absicherung gegen die außenpolitische Bedrohung der ČSR durch das nationalsozialistische Deutschland. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt naturgemäß bei den Sozialdemokraten. Denn als Regierungsparteien befanden sie sich am nächsten zu den Schaltstellen politischer Macht. Aufgrund ihrer vergleichsweise numerischen Stärke, ihrer reformistischen Strategie, ihrer Einsicht in den Ernst der Bedrohung und ihres funktionierenden Beziehungsgeflechts zum politischen *Establishment* der ČSR wäre von ihnen zuerst zu erwarten gewesen, daß sie eine Reformpolitik mit explizit antifaschistischer Stoßrichtung eingeleitet hätten, um die bestehenden Verkrustungen des politischen Systems aufzubrechen und dem Attentismus der Regierung eine reformpolitische Alternative gegenüberzustellen, evt. auch in einer anderen politischen Konstellation. Hierbei wird in der Analyse zwischen den tschechischen und den sudetendeutschen Sozialdemokraten zu differenzieren sein. Die ČSD war eine maßgebende Kraft bei der Konstituierung der ČSR gewesen und hatte nach 1918 im Rahmen ihrer reformistischen Strategie die politische Priorität auf den Erhalt des Staates mit seiner demokratisch-parlamentarischen Grundordnung gelegt (*státotvornost*). Die DSAP gelangte erst verspätet in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu einer korrespondierenden Einstellung und stand im Gegensatz zu ihrer Schwesterpartei in den dreißiger Jahren in einer direkten Konkurrenzsituation zur SHF/SdP. Demgegenüber befand sich die KPTsch in eindeutiger Opposition zum Staat und seiner liberal-demokratischen, marktwirtschaftlichen Organisationsform und entwickelte erst ab Mitte der dreißiger Jahre eine positive Einstellung zum Staatserhalt.

Es entspricht dem Selbstverständnis des Verfassers, einem historischen Determinismus entgegenzuwirken. Werden die tschechisch-deutschen Beziehungen nur auf die markanten Daten von 1938 oder 1945 hin diskutiert, schränkt dies die Fragestellung ein und blendet Entwicklungen aus, die eben nicht zwangsläufig auf das Scheitern des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen in einem gemeinsamen Staat hinsteuerten. Deshalb soll jenes Scheitern nicht als prädisponierter Endpunkt verstanden werden, sondern als das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, der durch soziale, ideologische, politische und vor allem nationale Kräfteverhältnisse als gegebenen Tatsachen zwar gesteuert wurde, aber deswegen weiterhin beeinflussbar blieb. Dennoch kann für eine zufriedenstellende Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit im Gegenzug nicht von einer vollständigen Offenheit der Situation ausgegangen werden. Denn es bestand eine Vielzahl struktureller und politischer Hindernisse, die einem freien Agieren der Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen Hitler und Henlein enge Grenzen setzten.

Hierzu müssen zuvorderst die Strukturen politischer Entscheidungsfindung und Mehrheitsbildung im politischen System der ČSR gerechnet werden. Die tschechoslowakische Form der 'Proporzdemokratie' hatte sich aus der Notwendigkeit heraus gebildet, im zersplitterten Parteiensystem der Zwischenkriegszeit zu regierungsfähigen Mehrheiten zu gelangen. Da Regierungen nur in der Koalition von bürgerlichen, landständischen und sozialistischen Interessengruppen gebildet werden konnten, mußte das demokratische Prinzip der freien Mehrheitsbildung zugunsten einer punktuellen Zusammenfassung nicht mehrheitsfähiger, oftmals konträrer Interessen in Beschlußpaketen aufgegeben werden. Diese Praxis bescherte der ČSR zwar eine für die damalige Zeit außergewöhnliche politische Stabilität, schränkte die Handlungs- und Funktionsfähigkeit des Systems aber immer dann entscheidend ein, wenn sich Interessen nicht junktieren ließen. Dies galt insbesondere in der Krisensituation der dreißiger Jahre und den divergierenden Vorstellungen der Koalitionsparteien über eine adäquate Antikrisenstrategie. Es wird zu zeigen sein, daß die Eigentümlichkeiten des politischen Systems keine Umsetzung des Staatsinteresses in eine antifaschistische Politik ermöglichten. Zudem suchten die Parteien ihre Machtstellung dadurch zu sichern, daß sie sich zum einen durch die organisatorische Eingliederung möglichst vieler organisierbarer Interessen als weitgehend geschlossene gesellschaftliche Segmente konstituierten. Zum anderen verstanden es besonders die bürgerlichen Parteien, durch die Schaffung entsprechender strukturpolitischer Voraussetzungen für Staatsämter und eine gezielte Personalpolitik, bestimmte politische Bereiche für sich zu monopolisieren und auf diese Weise langfristig ihre Machtstellung abzusichern⁴. Sollte unter diesen Voraussetzungen in den dreißiger Jahren eine wie oben skizzierte alternative politische Strategie eingeleitet werden, konnte dies nur im Konsens aller beteiligten Akteure geschehen. Andernfalls hätte es die Zerschlagung dieses spezifischen politischen Systems mit unabsehbaren Folgen zur Voraussetzung haben müssen.

Den zweiten Problemkreis, der eine politische Umkehr sichtlich erschweren mußte, stellte die Dominanz des nationalen Konflikts dar. Er wurde von den beiden nationalen Lagern in der politischen Arbeiterbewegung verschieden wahrgenommen, und es ergaben sich aus ihm für die

⁴ Vgl. hierzu die Thesen von P. Heumos: Konfliktregelung und soziale Integration. Zur Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: BohZ 30 (1989), S. 52-70.

Vertreter der Staatsnation ein anders gelagerter Handlungsdruck und eine andere Zielsetzung als bei den sudetendeutschen Sozialisten. Die ČSR war unbestritten kein Paradebeispiel einer vorbildlichen Minderheitenpolitik. Die nationalpolitischen Auseinandersetzungen fanden aber im Rahmen eines funktionierenden Rechtsstaates statt, und die von den tschechischen Parteien seit der Staatsgründung angestrebte Beteiligung deutscher Parteien an einer gemeinsamen Regierung bot nach 1926 die Möglichkeit zu politischer Partizipation, auch wenn hiermit noch keine Aussage über die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten verbunden werden kann, die insgesamt als eher begrenzt betrachtet werden müssen. Dennoch waren die Sudetendeutschen und die übrigen nationalen Minderheiten in der ČSR zu keinem Zeitpunkt Opfer eines tschechischen Chauvinismus, insbesondere da es im tschechischen Lager zu keinem Zeitpunkt ein "umfassendes und konsistentes antideutsches Politikprogramm"⁵ gab. Befanden sich die beiderseitigen Beziehungen in den zwanziger Jahren in einer Art 'Burgfrieden', bekam der sudetendeutsche Negativismus mit dem politischen Aufstieg Hitlers wieder Auftrieb und gewann nach 1933 zunehmend an Dynamik. In dieser Situation beinhaltete die nationale Problematik ein Höchstmaß an politischer Sprengkraft, deren mögliche Auswirkungen bei allen politischen Entscheidungen - und besonders bei strategischen Kurswechseln - stets berücksichtigt werden mußten. Es wird bei der Analyse dieser Arbeit daher zu beachten sein, inwieweit diese Dominanz und Unkalkulierbarkeit der Entwicklung in der nationalen Auseinandersetzung bewirkte, daß sich die sozialdemokratischen Parteien entschlossen, ihre Pläne für eine Reformpolitik mit explizit antifaschistischer Ausrichtung zugunsten einer Orientierung an ihren jeweiligen nationalen Lagern aufzugeben, um durch Kontinuitäten Stabilität zu erzielen.

Eine weitere Einschränkung möglicher Handlungsalternativen entstand aus dem Zeitfaktor. Innenpolitisch schien es spätestens nach den Parlamentswahlen vom Mai 1935, bei denen ca. 38% der Wähler staats- oder systemfeindlichen Parteien ihre Stimmen gegeben hatten, fraglich, ob sich noch Mehrheiten für die Durchsetzung einer alternativen politischen Strategie finden ließen. Mit der fortschreitenden Radikalisierung der Sudetendeutschen - aber auch der übrigen Nationalitäten, die in dieser Arbeit nicht weiter berücksichtigt werden können - verschlechterten sich zunehmend die innenpolitischen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der demokratischen Grundordnung und der nationalstaatlichen Integrität der ČSR. Hinzu kam, daß das nationalsozialistische Deutschland durch seine außenpolitischen Erfolge ab dem Frühjahr/Sommer 1936 immer weiter in die Lage kam, seinen Druck auf die tschechoslowakische Innenpolitik zu erhöhen, und sich bei den Westmächten parallel die Entwicklung abzeichnete, den deutschen Revisionsbestrebungen zumindest partiell nachzugeben. Auch wenn der *point of no return*, von dem aus ein aktives Gegensteuern für den Staat nicht mehr möglich war, sich nicht wirklich zeitlich festmachen läßt, ist es dennoch zweckmäßig, den Schwerpunkt der Analyse dieser Arbeit auf die Zeit bis etwa 1936 zu setzen. Denn diese Phase ist besonders geeignet, jene Strukturen zu erkennen, die ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen der Staatsmacht auf die innere und

⁵ C. Boyer: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938), München 1999, S. 394. Vgl. mit entsprechenden Schlußfolgerungen auch die umfangreiche Arbeit zu den tschechisch-deutschen Beziehungen von Kural (1993), a.a.O.

äußere Bedrohung durch eine alternative Strategie verhinderten. Sollte eine sozialdemokratische Reformpolitik also günstige innenpolitische Voraussetzungen für den Erhalt des demokratischen Staates schaffen, hätte sie bis zu diesem Zeitpunkt eingeleitet werden müssen. Denn danach gestaltete sich der politische Druck von außen und innen als zu groß, um in dieser Konfliktsituation noch alternative Wege einzuschlagen. Eine Fokussierung dieser Arbeit auf die Jahre 1937/1938 stünde nach Ansicht des Verfassers demgegenüber leicht unter dem Verdacht einer 'Scheindebatte', da eine politische Umkehr und ein daraus resultierender Erfolg - innen- und außenpolitisch - zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu erwarten war. Bereits der sog. 'Jungaktivismus' entwickelte sich ab dem Frühjahr 1936 in einer Phase, in der niemand mehr ernsthaft einen nachhaltigen Einfluß auf die völkische Radikalisierung durch weitreichende nationalpolitische Zugeständnisse erwarten konnte, und die verschiedenen Initiativen des Staatspräsidenten und der Regierung Hodža im Jahr 1938 erfolgten vor allem aus außenpolitischem Kalkül.

Schließlich wird zu untersuchen sein, inwieweit die Applikation einer neuen politischen Strategie durch die strukturellen Entwicklungen und die inneren Verfassungen der Arbeiterparteien selbst sowie durch die Form und die Inhalte ihrer politisch-programmatischen Diskussionen behindert wurde. Es soll herausgestellt werden, wie weit die theoretischen Ausgangspunkte und die politischen Zielvorstellungen von ČSD, DSAP und KPTsch tatsächlich voneinander entfernt lagen und wo Übereinstimmungen, Bezugnahmen, Gegensätze und Unvereinbarkeiten zwischen ihnen bestanden. Dabei wird auch zu fragen sein, inwiefern Unterschiede in den politischen Strategien aus verschiedenen methodischen Ansätzen in der Faschismusanalyse entstanden, sie sich aus unterschiedlichen ideologischen Grundpositionen ergaben oder sie durch die Interpretation tagespolitischer Ereignisse beeinflusst waren. Auf der Grundlage dieser Analyse soll in der vorliegenden Arbeit geklärt werden, ob vor dem Hintergrund der komplexen Konfliktlage in der ČSR erfolgversprechende alternative Handlungsmöglichkeiten für die politischen Arbeiterbewegung bestanden und warum diese nicht wahrgenommen werden konnten. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, fiktive Handlungsmuster zu entwerfen, für deren Anwendung aus den angeführten Gründen entweder keine Voraussetzungen bestanden oder die in den dreißiger Jahren so von niemandem gedacht wurden. Ebenso wäre es irreführend, sich auf Kombinationen zu konzentrieren, die den politischen oder ideologischen Grundüberzeugungen eines einzelnen Partners widersprachen.

Einordnung in den internationalen Forschungszusammenhang und Forschungsstand

Nach den einschneidenden politischen Veränderungen des Jahres 1989 ist sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der politischen Publizistik ein deutlich gestiegenes Interesse an der Vorgeschichte der Zerschlagung der ČSR und an der Vertreibung der Sudetendeutschen festzustellen. Dieses geht über genuin historische Fragestellungen hinaus und ist von dem politischen Willen bestimmt, als Voraussetzung für eine erfolgreiche europäische Integration auch die Gründe für das Scheitern der über mehrere Jahrhunderte bestehenden friedlichen Koexi-

stanz von Deutschen und Tschechen in Mitteleuropa aufzuarbeiten. Die Einsetzung einer gemeinsamen Historikerkommission durch bilaterale Vereinbarungen beider Staaten 1990 ist Ausdruck dieses politischen Verständigungswillens, ihr stockender Diskussionsprozeß aber auch ein untrügerisches Anzeichen dafür, wie weit die jeweiligen Positionen in den Schlüsselfragen der beiderseitigen Beziehungen nach einem Jahrzehnt des gedanklichen Austauschs noch immer voneinander entfernt liegen. Trotz des sich in den vergangenen drei Jahren stetig verschlechternden politischen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik und des nach wie vor nicht absehbaren Generalkonsenses zwischen Historikern beider Länder kann dennoch festgestellt werden, daß sich die wissenschaftliche Diskussion bereits seit den achtziger Jahren nicht länger ausschließlich hinter Freund-Feind-Dichotomien verschanzt. So entwickelten die mit Berufsverbot belegten tschechischen Historiker wie *Jan Křen* oder *Václav Kural* und die Nachkriegsgeneration von Forschern in der Bundesrepublik wie *Hans Lemberg*, *Rudolf Jaworski*, *Peter Heumos* oder *Eva Hahn* neue Fragestellungen für die Beurteilung des deutsch-tschechischen Verhältnisses in der Zwischenkriegszeit. Ergänzt durch die Arbeiten der nachfolgenden Generation⁶ verfügen wir heute insgesamt über einen beachtlichen, durch Meinungsvielfalt geprägten Wissensstand über die bilateralen Beziehungen und die politischen, sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse in den böhmischen Ländern. Auf regelmäßigen internationalen Fach- und Nachwuchstagungen werden wissenschaftliche Standpunkte ausgetauscht und diskutiert. Einen guten Einblick in diesen Diskurs mit seinen unterschiedlichen Standpunkten bieten die Publikationen der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission⁷.

Nahezu ausgeblendet bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des deutsch-tschechischen Zusammenlebens blieben jedoch die Rolle und die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung. Dies gilt insbesondere für die tschechische Forschung nach dem Wendejahr 1989, die sich verständlicherweise nicht länger primär mit dem sozialistischen Lager beschäftigen mochte. Zuvor wurde dieser Komplex von der marxistischen Historiographie einseitig als Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung aufgefaßt und vor dem Hintergrund des ideologischen Antifaschismus diskutiert. Zur Anwendung kam eine begrifflich und inhaltlich verengte Definition des Antifaschismus, der für die KPTsch monopolisiert wurde und deshalb alle nicht-kommunistischen Akteure ausschloß. Demnach war die KPTsch die einzige effektive Kraft im Kampf gegen den Faschismus, denn sie allein verharrte auf dem Standpunkt einer konsequenten Verteidigung der Integrität der Republik und lehnte die Annahme des Münchener

⁶ Vgl. z.B. J. Kučera: *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938*, München 1999; Boyer (1999), a.a.O.; oder J. Kracik: *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938*, Frankfurt/M. 1999.

⁷ Vgl. insbesondere J.K. Hoensch/H. Lemberg (Hrsg.): *Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989. Beiträge aus den Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission*, Essen 2001; D. Brandes (Hrsg.): *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945: Pläne und Entscheidungen zum "Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. Mit einem Vorwort von Hans Lemberg*, München 2001; B. Barth u.a. (Hrsg.): *Konkurrenzpartnerschaft. Die deutsche und die tschechoslowakische Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Essen 1999, und J.K. Hoensch/ D. Kováč (Hrsg.): *Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918-1938)*. Für die deutsch - tschechische und slowakische Historikerkommission, Essen 1994.

Abkommens strikt ab. Die anderen politischen Parteien und Gruppierungen wurden von der marxistischen Geschichtsschreibung nur danach beurteilt, inwieweit sie sich durch ihre Teilnahme an bestimmten Aktionen der KPTsch angenähert haben oder ihre Ansichten mit der kommunistischen Parteilinie übereinstimmten, und die politischen Akteure so in ein 'fortschrittliches' und in ein 'reaktionäres' Lager unterteilt. Auf diesem Weg sollte das Scheitern der tschechoslowakischen Politik vor dem Faschismus einseitig den Sozialdemokraten angelastet werden, die die bürgerliche Kapitulationspolitik unterstützt hätten.

Demgegenüber gelang es der westdeutschen Forschung bei der Bewertung der Rolle der DSAP in aller Regel nicht, sich vom populären Geschichtsbild zu lösen, das nicht zuletzt von ehemaligen DSAP-Politikern im Umfeld der Seliger-Gemeinde geprägt wurde. Hierbei wurde ohne einen ersichtlichen Ansatz von Selbstkritik die These vertreten, das Streben der Partei sei stets "auf eine friedliche Lösung der nationalen Streitfragen, auf einen gerechten Umbau der doch größtenteils nur formalen Demokratie zu einer wirklichen Volksregierung, auf die Hebung der Wirtschaft mit immer steigendem Ausbau zur Gemeinschaft und auf die Ermöglichung und Erreichung einer höheren sozialen Funktion des Staates" ausgerichtet gewesen. In ihrem Kampf um diese "Auffassung des humanitären Prinzips von Sozialismus und Demokratie, von der militanten Aufgabe der Humanität, von der Vereinbarkeit der internationalen Solidaritätspflicht und der Treue und Pflichterfüllung dem eigenen Volke gegenüber"⁸ fand sich die DSAP zunehmend in einem Zwei-Fronten-Kampf wieder, den sie sowohl gegen die Henleinbewegung als auch gegen die tschechischen Partner führen mußte, die sie schließlich 1938 im Stich ließen und sie 1945 endgültig verrieten. Andere Persönlichkeiten aus diesem Lager vertraten die These von der nationalen Unterdrückung in der ČSR und der Fehlkonstruktion des Nationalstaates, die für das Scheitern verantwortlich zu machen seien⁹. Diese Thesen gilt es in dieser Arbeit ebenso kritisch zu überprüfen wie die Sichtweisen tschechischer Sozialisten, daß noch in den dreißiger Jahren die Chance bestanden hätte, früher begangene Fehler zu korrigieren, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen, und daß die SdP nicht solche Stärke hätte erlangen können, wären demokratisches Denken und Aktivismus stärker im Bewußtsein der Sudetendeutschen verankert gewesen¹⁰.

Weiterhin gelang es der westlichen Forschung bei der Analyse der politischen Arbeiterbewegung bislang nicht, verschiedene Betrachtungsebenen - also das Problem der Arbeiterparteien, zu einem ausgewogenen und in sich stimmigen Verhältnis zu den politisch-ideologischen Bezugspunkten 'Klasse', 'Staat' und 'Nation' zu gelangen und dieses mit den politischen Zielen der

⁸ E. de Witte: Für Heimat und Freiheit, Stuttgart 1982, S. 11 und 9. Vgl. mit ähnlichen Sichtweisen auch K. Kern: Heimat und Exil - von Böhmen nach Schweden. Erinnerungen eines sudetendeutschen Sozialdemokraten, Nürnberg o.J. [1980]; E. Paul: Böhmen ist mein Heimatland, Stuttgart 1974; ders.: Gegen den Krieg, für die Demokratie. Erinnerungen, München 1977; Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Wir wollten nicht mit den Massen irren. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten von der Verteidigung der Republik bis zu ihrer Vertreibung, München 1995.

⁹ Vgl. W. Jaksch: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum, Stuttgart 1958; E. Franzel: Gegen den Wind der Zeit. Erinnerungen eines Unbequemen, München 1983.

¹⁰ Vgl. J. Fischer/V. Patzak/V. Perth: Jejích boj: Co chce a čemu slouží Sudetendeutsche Partei?, Praha 1937, S. 13 f. Ähnlich argumentierte zuletzt E. Broklová: Politická kultura německých aktivistických stran v Československu 1918-1938, Praha 1999.

Partnerorganisationen abzugleichen - zu verbinden, so daß sie in nationalen Grenzen verfangen blieb und keine Querverbindungen zu den andersnationalen politischen Partnern zog. Dieses Defizit macht es umso mehr erforderlich, in dieser Arbeit alle Teile der politischen Arbeiterbewegung zu berücksichtigen und dabei zu untersuchen, welche Auswirkungen die ideologisch-programmatischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb des gesamten linken Lagers auf das politische Schicksal der ČSR hatten. Die einzige bislang vorgelegte komparatistische Untersuchung stellt die Arbeit von *Kopecek* dar, die das Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Parteien in der gesamten Zwischenkriegszeit zum Thema hat. Bei der vor allem auf quantitative Aspekte abzielenden Analyse kommt der Autor zu dem Schluß, daß die langsame und politisch schwerfällige Annäherung zwischen der ČSD und der DSAP vor allem eine Antwort auf die Herausforderungen durch die KPTsch und somit ein taktischer Schachzug der Parteiführungen war¹¹. Damit widerspricht er der bis dahin akzeptierten Auffassung, daß diese Annäherung im politischen Schulterschluß zwischen tschechischen und sudetendeutschen bürgerlichen Parteien begründet lag¹².

Die vordergründig größte Übereinstimmung zum Gegenstand und zur Fragestellung der vorliegenden Untersuchung weist die Arbeit von *Sator* auf, der die antifaschistischen Strategien der DSAP und einer fiktiven Gruppe der sudetendeutschen Kommunisten analysiert. Der Autor versteht seine Arbeit als Beitrag zur Erforschung des außerdeutschen Widerstands gegen Hitler und kommt zu der Schlußfolgerung, daß es sowohl objektive wie auch subjektive Faktoren waren, die diesen Widerstand der sudetendeutschen Marxisten scheitern ließen. Als objektive Faktoren identifiziert er neben den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und einem für den Marxismus abträglichen Zeitgeist unter den Sudetendeutschen vor allem die Regierungspolitik, die in der Endphase der nationalpolitischen Auseinandersetzung zu weitreichenden Zugeständnissen an die SdP bereit war, die den Regierungsaktivisten in den vorangegangenen Jahren jedoch vorenthalten worden waren. Als subjektive Faktoren waren seiner Ansicht nach eine konzeptionelle Schwäche bei beiden Parteien sowie im Vergleich zur dynamischen Henleinbewegung unattraktive äußere Erscheinungsbilder für das Scheitern verantwortlich. "Die Schwierigkeiten der sudetendeutschen Marxisten, nicht zu erfolgreichen Politikkonzeptionen gefunden zu haben, resultieren aus einer zwischen DSAP und KPTsch zwar unterschiedlichen, bei beiden Parteien jedoch ausgesprochen dogmatischen, die tatsächlichen historischen Entwicklungen mehr oder weniger ignorierenden Marxismusrezeption. Ihre wesentlichen Merkmale waren eine ökonomisch verkürzte Faschismusinterpretation, der Glaube an ein unaufhaltsames Mehrheitswachstum der Arbeiterklasse und die Unterschätzung der Bedeutung der nationalen Frage."¹³ Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, um im Kampf gegen Hitler und Henlein die eigene Weltanschauung kritisch zu hinterfragen, erfolgte dieser Kampf nur aus einem Selbsterhaltungsinter-

¹¹ Vgl. H.L. Kopecek: "It is a Question of Tactics": Cooperation among Czech and Sudeten German Social Democrats in Interwar Czechoslovakia, Diss. Seattle 1997.

¹² Vgl. J.W. Brügel: Aus dem Blickwinkel eines Deutschen, in: J. Krejčí (Hrsg.): Sozialdemokratie und Systemwandel. Hundert Jahre tschechoslowakische Erfahrung, Bonn-Berlin 1978, 165-72, S. 169.

¹³ K. Sator: Anpassung ohne Erfolg. Die Sudetendeutsche Arbeiterbewegung und der Aufstieg Hitlers und Henleins 1930-1938, Darmstadt 1996, S. 330.

se heraus. Die Politik der Arbeiterparteien war infolgedessen lediglich reaktiv und als "hilfloser Antifaschismus" konzipiert und diente "primär parteiegoistischen Interessen und Zielsetzungen"¹⁴. Dieses Defizit wurde nach *Sators* Ansicht erst mit dem 'Volkssozialismus' überwunden. Indem der Autor argumentiert, daß der Aufstieg des sudetendeutschen Faschismus von Emil Franzel und Wenzel Jaksch treffender als vom Parteivorstand rezipiert wurde, legt er mit einem gewissen Automatismus den Schluß nahe, daß deren Abwehrstrategie auch zwangsläufig besser sein mußte.

Der inneren Entwicklung der einzelnen Arbeiterparteien in der ČSR wurde in der Forschung in unterschiedlichem Ausmaß Aufmerksamkeit geschenkt. Insbesondere die Geschichte der politisch einflußreichsten Akteurin, der ČSD, ist bislang nur lückenhaft aufgearbeitet. Lediglich zur Phase zwischen der Republikgründung 1918 und der Abspaltung der Kommunisten 1921 liegen eingehende Darstellungen vor¹⁵. Außerhalb der Tschechoslowakei erschienen einige knappe Übersichtsdarstellungen¹⁶, in denen sich die Autoren im wesentlichen auf Memoirenliteratur und Selbstdarstellungen der ČSD bis zur Zwangsvereinigung mit der KPTsch 1947 stützen¹⁷. Diese Autoren folgen der klassischen Parteigeschichte mit dem Schwerpunkt auf der Darstellung der Ideen und machtpolitischen Kombinationen der Parteispitze ohne Berücksichtigung der Methoden und Erkenntnisse der neueren Sozialgeschichte, die die Mitgliederbasis, ihre Sozialstruktur, beruflichen und politischen Karrieren sowie die Motive ihres politischen Engagements heranzieht. Eine Wende zur Erforschung der tieferliegenden Parteistrukturen, die Rückschlüsse auf die politische Entwicklung der ČSD ermöglichen, hat gerade erst begonnen¹⁸. Die Diskussion über die Entwicklung der ČSD in den dreißiger Jahren wurde bisher von der marxistischen Geschichtsschreibung dominiert. Deren Argumente sind meist wenig differenziert und darauf ausgerichtet, die Sozialdemokraten wegen ihrer Beteiligung an der bürgerlichen Regierungskoalition nicht nur als größte Bremse für einen gesellschaftlichen Fortschritt, sondern auch als objektiven Wegbereiter der Kapitulation der ČSR vor dem Faschismus 1938 darzustellen. Exemplarisch für diese Position ist eine Untersuchung über die Zustimmung der Partei zu den Ermächtigungsgesetzen des Jahres 1933, mit denen die ČSD - nach Ansicht des Autors der Untersuchung - mangels eigener Ideen zur Abwehr der Bedrohung den rechten Agrariern ein Instrument zur Zerschlagung aller antifaschistischen Kräfte in die Hände gab, als es eigent-

¹⁴ Ebd., S. 333 und 332.

¹⁵ Vgl. z.B. J. Galandauer: *Od Hainfeldu ke vzniku KSČ. České dělnické hnutí v letech 1889-1921*, Praha 1986; Zd. Kárník: *Socialisté na rozcestí. Habsburg, Masaryk či Šmeral?*, Praha 1968; Zd. Šolle: *Die tschechische Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus*, in: *AfS* 9 (1969), S.181-235; und ders.: *Die Sozialdemokratie in der Habsburgermonarchie und die tschechische Frage*, in: *AfS*, 7/8 (1966/67), S. 313-80.

¹⁶ Vgl. Krejčí (1978), a.a.O.; M.K. Bachstein: *Die Sozialdemokratie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1938*, in: K. Bosl (Hrsg.): *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, München-Wien 1979, S. 79-100; J. S. Hájek: *Social Democrats Defending Czechoslovak Democracy and Independence*, in: *Kosmas* 3/2-4/1 (1984/85), S. 135-70; ders.: *Sociální demokracie a obrana demokratického zřízení v Československu 1933-1938*, in: *Studie z dějin předmnichovské republiky. Sborník*, Praha 1983, S. 99-156.

¹⁷ Vgl. Fr. Soukup: *Revoluce práce. Dějinný vývoj socialismu a československé sociálně demokratické strany dělnické*, 2 Bde., Praha 1938; Zd. Tobolka: *Za svobodu a socialismus 1897-1947: Padesát let Práva lidu*, Praha 1947; Zd. Kojecký: *Československá sociální demokracie včera a dnes. Nástin programového vývoje*, Brno 1946.

¹⁸ Vgl. T. Weiser: *Die tschechoslowakischen Arbeiterführer. Eine Kollektivbiographie der obersten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteikader 1918-1939*, München 1998.

lich zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bedrohung eines Maximums an Demokratie bedurft hätte¹⁹. Immerhin gibt eine Arbeit über die Haltung der ČSD zur Volksfrontpolitik der KPTsch Aufschluß über die 'Verbürgerlichung' und 'Saturierung' im Funktionärskader, die die Partei trotz guten Willens im Kampf gegen den Faschismus versagen ließen²⁰. Das größte Forschungsinteresse fanden bislang die Konzepte der ČSD zur Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise. Hier sind sich alle Autoren einig, daß die ČSD über keine eigenen Konzeptionen verfügte und deshalb der systemstabilisierenden Politik der bürgerlichen Ökonomen folgte²¹.

Von der sudetendeutschen Forschung im weiteren Umfeld der Münchener Seliger-Gemeinde wurde die Geschichte der DSAP zunächst anhand von Biographien der Parteiführer erarbeitet²². Darüber hinaus konzentrierte sie sich thematisch auf den sozialdemokratischen Widerstand in den Jahren 1938-45²³ und die Exilpolitik der DSAP, genauer auf die Beziehung zwischen Präsident Beneš und Wenzel Jaksch²⁴. Diese Arbeiten haben einen stark legitimatorischen Charakter in bezug auf die angeblich staatstragende Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der Ersten Republik und die ungerechtfertigte Argumentation zur Lösung der Nationalitätenfrage durch die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Versuch einer komplexeren Darstellung der Parteigeschichte in der Zwischenkriegszeit wurde erstmals in einer U.S.-amerikanischen Dissertation Ende der achtziger Jahre unternommen. Die Autorin präsentiert aber keine neuen Thesen, sondern eine synthetisierende Aufarbeitung der bis dahin in der westdeutschen und der anglo-amerikanischen Forschung vertretenen Positionen. Am Ende ihrer Analyse der Minderheitenpolitik anhand der zeitgenössischen Parteipresse kommt die Autorin zu dem Schluß, daß die programmatischen und innerparteilichen Probleme der DSAP durch die ungünstigen Einflüsse von außen verstärkt wurden und die Partei ohnehin keine Chance hatte, der staatsfeindlichen Wirkung der Henleinbewegung erfolgreich entgegenzutreten zu können. Die Autorin bezweifelt jedoch, daß eine Gewährung von nationaler Autonomie den Geschichtsverlauf hätte ändern können. Ebenso erachtet sie es als unwahrscheinlich, daß ein früherer Füh-

¹⁹ Vgl. Zd. Hradilák: Československá sociální demokracie a zmocňovací zákon v roce 1933, in: Příspěvky 7 (1967), S. 29-51. Gleiche Tendenzen finden sich auch bei J.S. Hájek: Zhoubná úloha pravicových socialistů v ČSR, Praha 1954; und O reformismu v českém dělnickém hnutí, Praha 1964.

²⁰ Vgl. L. Vejnar: Československá sociální demokracie a taktika jednotné fronty na počátku třicátých let, in: AUC Phil. et Hist. (1961), S. 72-92.

²¹ Vgl. M. Sekanina: Protikrizová programová koncepce Československé sociálně demokratické strany dělnické ve 30. letech, in: Sborník prací pedagogické fakulty v Ostravě 105 (1987), S. 35-47; M. Nikl: Kritika ekonomických koncepcí českého reformismu, Praha 1964; J. Setinský: Teorie krizí v Československu, Praha 1964; und M. Šmejkal: Falešné ekonomické názory čl. sociální demokracie - nástroj ideologického klamání pracujících, in: Proti projevům buržoazní ideologie a revizionismu, Praha 1960.

²² Vgl. K. Zeßner: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen, München 1976; J.W. Brügel: Ludwig Czech. Arbeiterführer und Staatsmann, Wien 1960; M.K. Bachstein: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie, München-Wien 1974.

²³ Vgl. Kampf - Widerstand - Verfolgung der sudetendeutschen Sozialdemokraten. Dokumentation der deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei im Kampf gegen Henlein und Hitler. Erarbeitet von A. Hasenöhl, Stuttgart 1983; L. Grünwald: Sudetendeutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Für Frieden, Freiheit, Recht, Benediktbeuern 1986.

²⁴ Vgl. F. Prinz: Benesch, Jaksch und die Sudetendeutschen, Stuttgart 1975; ders.: Beneš und kein Ende. Eine Antikritik und Bestandsaufnahme, in: ZfO 25 (1976), S. 486-94; L. Grünwald: In der Fremde für die Freiheit. Sudetendeutsches Exil in Ost und West, München 1982.

rungswechsel an der Parteispitze den Aufstieg der SHF/SdP verhindert, verzögert oder abgemildert hätte²⁵. Schwere Kritik an der Entwicklung der Partei in den dreißiger Jahren übt *Bachstein* in seinen Arbeiten. Unter der autoritären Führung des technokratischen und der austromarxistischen Rhetorik verhafteten gebliebenen Ludwig Czech habe es die DSAP seiner Meinung nach versäumt, sich ein zeitgemäßes Programm zu geben, und sich dadurch von der sudetendeutschen Bevölkerung und ihren Problemen immer weiter entfernt. Sie trage somit einen Teil der Schuld für den Aufstieg der Henleinbewegung. Der Führungswechsel Anfang 1938 und das mit dem neuen Vorsitzenden Jaksch verbundene Konzept des 'Volkssozialismus' als eines Versuchs der Sammlung der Opposition in einer Volksbewegung gegen Hitler und Henlein kamen zu spät, um eine tragfähige Alternative zur SdP zu bieten²⁶. Mit Ausnahme der Quellensammlung von *Mejdrová*²⁷ liegen bislang noch keine tschechischen Untersuchungen zur Geschichte der DSAP vor. Sie wurde lediglich in allgemeineren, ideologisch stark verzerrten Analysen der deutschen bürgerlichen Parteien in der ČSR berücksichtigt²⁸.

Die Anzahl tschechischer Arbeiten zur Entwicklung der KPTsch ist nahezu unüberschaubar. Der größte Teil dieser Beiträge hält - nach verbreiteter Ansicht - einem wissenschaftlichen Anspruch jedoch nicht stand. Einen grundlegenden und für die Phaseneinteilung wichtigen Überblick über die Parteigeschichte bietet noch immer die Arbeit von *P. Reiman* u.a. aus dem Jahr 1961²⁹. Seit den fünfziger Jahren wurde diese durch die Ergebnisse eines eigenen Instituts zur Erforschung der Parteigeschichte hauptsächlich mit Regionalstudien und umfangreichen Quelleneditionen ergänzt, in denen den Entwicklungsphasen der Kämpfe um die Bolschewisierung während der Stabilisierung des Kapitalismus bis 1929, gegen die Weltwirtschaftskrise bis 1934 und um die Verteidigung der Republik bis 1938 besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurden³⁰. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung und Zusammenfassung des Forschungsstands steht seither jedoch aus, da die einzige synthetisierende Untersuchung von *Čada* über die Strategie und Taktik der KPTsch³¹ im Einklang mit der Staats- und Parteidoktrin des niedergehenden Husák-Regimes verfaßt wurde und insbesondere die Forschungsergebnisse der sechziger Jahre ignoriert. In diesen Arbeiten wurde nicht zuletzt im Kontext der theoretischen Vorbereitung des 'Prager Frühlings' versucht, Ansatzpunkte für einen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus bereits in den dreißiger Jahren nachzuweisen, und auf diesem Weg zwischen 'bösen' resp. orthodoxen, Moskau-treuen Elementen in der Parteiführung und jenen Personen unterschieden, die sich in kreativer Form um eine weitestmögliche Anpassung der ideologischen Vorgaben

²⁵ Vgl. N.M. Wingfield: *Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democrats in Czechoslovakia, 1918-1938*, New York 1989.

²⁶ Vgl. M.K. Bachstein: Programmdiskussion und Krise in der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik, in: *BohJb* 11 (1970), S. 308-23; ders.: Der Volkssozialismus in Böhmen: Nationaler Sozialismus gegen Hitler, in: *BohJb* 14 (1973), S. 340-71.

²⁷ Vgl. H. Mejdrová (Hrsg.): *Trpký úděl. Výbor dokumentů k dějinám německé sociální demokracie v ČSR v letech 1937-1948*, Praha 1997.

²⁸ Vgl. J. César/B. Černý: *Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918-1938*, 2 Bde., Praha 1962.

²⁹ Vgl. P. Reiman u. Koll.: *Dějiny komunistické strany Československa*, Praha 1961.

³⁰ Vgl. die seit 1957 erscheinende Zeitschrift *Příspěvky k dějinám KSČ*.

³¹ Vgl. V. Čada: *KSČ v období 1921-1948. Strategie a taktika*, Praha 1988.

durch die Kommunistische Internationale (Komintern) an die Rahmenbedingungen in der ČSR bemühten (Vl. Borin, St. Budín, J. Guttman, P. Reimann, R. Slánský, O. Synek, J. Šverma u.a.), so daß innerhalb der Partei durchaus gegensätzliche Linien in der antifaschistischen Strategie existierten³². An dieses Argumentationsschema wurde in den neunziger Jahren wieder angeknüpft³³.

Die marxistische Geschichtsschreibung der siebziger und achtziger Jahre brachte keine neuen Erkenntnisse mehr hervor, sondern nahm ausschließlich eine legitimatorische Rolle ein. Von ihr wurde die Ausgangslage für die kommunistische Bewegung in der ČSR als äußerst günstig bewertet. Die KPTsch entstand als eine der mitgliederstärksten KPs in einem kapitalistischen Land. Diese große Mitgliederbasis ermöglichte es ihr, direkt nach der Parteigründung zu einer einflußreichen Kraft im politischen System zu werden und um die Hegemonie in der Arbeiterklasse zu kämpfen. Als nachteilig wird gesehen, daß aufgrund der großen Mitgliederzahl sowohl innerhalb der Basis als auch bei den Funktionären starke Bindungen zum 'Sozialdemokratismus' bestehen blieben, die der Hauptgrund für die starken opportunistischen Tendenzen der zwanziger Jahre waren. Ziemlich schnell zeigte sich, daß der Partei eine langjährige revolutionäre Erfahrung fehlte und ihre theoretischen, ideologischen und organisatorischen Fragen nicht im Sinne des Marxismus-Leninismus gelöst wurden. Dieses Problem konnte nur dadurch behoben werden, daß die Partei von der Komintern und insbesondere von der KPdSU und deren reichen Erfahrungsschatz im Kampf für die Errichtung des Sozialismus, bei der Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse und deren Verteidigung vor äußeren Gefahren lernte. Sie mußte diese Erfahrungen machen, um sich schließlich in eine 'Partei neuen Typs' zu verwandeln. Die Komintern hat diese Problematik schon viel früher erkannt und forderte deshalb auf dem V. Weltkongreß 1924 die Bolschewisierung ihrer Sektionen, d.h. die Ausrichtung der KPs an den ideologischen und organisatorischen Prinzipien des Leninismus. Die KPTsch öffnete sich jedoch erst 1929 mit dem V. Parteitag für die vollständige Auswertung der internationalen Erfahrungen für ihre tägliche Arbeit. In den dreißiger Jahren folgte die Gottwald-Führung den 'weisen' Vorgaben der Komintern und stellte ihre Politik mit deren Hilfe in den Dienst des Kampfes für Frieden, Freiheit und Sozialismus. Dabei wird der Eindruck erweckt, als hätte die KPTsch in dieser Phase ein einheitliches Programm verfolgt³⁴. Das problematische Verhältnis der KPTsch

³² Vgl. z.B. Zd. Hradilák: Josef Guttman - konflikt rozumu a svědomí, in: RDS 8 (1968), S. 645-80; ders.: Třídní boje československého proletariátu v roce 1933 a taktika KSČ, in: Příspěvky 4 (1964), S. 365-99; Fr. Hrbata/L. Niklíček: Naděje a skutečnost, in: ČsČH 15 (1967), S. 687-; L. Niklíček: Die kommunistische Intelligenz und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Politik der KPTsch in den Jahren 1935-1936, in: Arbeiterbewegung und Intelligenz (1969), S. 123-52; ders.: Za lidovou frontu proti fašismu. I. krajská organizace KSČ v letech zrodu nové strategicko-taktické orientace (1933-1936), Praha 1965; J. Pokorná: Na počátku třicátých let, Praha 1967; dies.: K taktice "třída proti třídě" v hospodářských bojích československého proletariátu (1929-1932), in: Příspěvky 4 (1964), S. 26-50.

³³ Vgl. L. Niklíček: Českoslovenští komunisté mezi Kominternou a středoevropskou demokracií, in: Soudobé dějiny 2 (1995), S. 237-53.

³⁴ Vgl. z.B. V. Blodig: Boj proti fašismu a na obranu republiky 1933-1938, Praha 1982; M. Bouček: Boj KSČ na obranu nezávislosti Československa a Komunistická internacionála, in: ČsČH 32 (1984), S. 481-99; M. Čihák: Prosazení leninského pojetí masovosti KSČ v letech 1921-1938, Praha 1978; F.I. Firsov: Ideově politické a organizační upenění Komunistické strany Československa a Kominterny (třicátá léta), in: ČsČH 34 (1986), S. 55-82; ders.: Bolševizace KSČ a pomoc Kominterny, in: ČsČH 32 (1984), S. 52-77; Vl. Kopejtko: K dějinám významu VII.

zu den sozialistischen Parteien wurde von diesem Teil der Forschung jedoch nicht länger thematisiert. Denn zu Beginn der dreißiger Jahre führte die Partei ihren Kampf hauptsächlich gegen die sozialistischen Parteien und gegen die 'Burg-Gruppe'. Sie sah sich als wahren Advokaten der Arbeitslosen und Verarmten und forderte eine revolutionäre Lösung der sozialen Probleme. Der Hauptvorwurf an die Sozialisten war, daß deren wirtschaftliche und politische Strategie den bürgerlich-kapitalistischen Staat stärke und damit den Prozeß der Faschisierung der ČSR beschleunige. Diese Haltung gipfelte 1934 in der Ablehnung der Wiederwahl Präsident Masaryks unter dem Slogan "Ne Masaryk, ale Lenin" und vollendete die politische Isolation der Kommunisten. Eine entscheidende Wendung in der Parteilinie bedeutete die Volksfrontpolitik nach Weisungen des VII. Komintern-Kongresses 1935, in dessen Folge sich die KPTsch um eine Reintegration mit anderen Parteien zu einer politischen Aktionsgemeinschaft gegen das Aufkommen des Faschismus im eigenen Land, für den Schutz der Selbständigkeit des Staates vor der nationalsozialistischen Aggression aus dem benachbarten Deutschland und für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution bemühte.

Auch in der westlichen Forschung entstanden seit den sechziger Jahren wichtige Beiträge. Hierunter sind besonders die Einführung in die ideologische, taktische und organisatorische Entwicklung der Partei und deren Sozialstruktur von *Kuhn* sowie die Parteigeschichte von *Zinner* zu nennen, die allerdings auf die Machtübernahme von 1948 fokussiert ist³⁵. Besondere Aufmerksamkeit erhielt darüber hinaus die Haltung der Kommunisten zur nationalen Frage. Hierzu zählt die programmatische Entwicklung der KPTsch von der Disharmonie in der Nationalitätenfrage in den zwanziger Jahren bis zur einhelligen Ablehnung der tschechischen Vorzugsstellung im Staat und der Forderung von 1931 nach unbeschränktem Selbstbestimmungsrecht einschließlich der Möglichkeit einer staatlichen Lostrennung, bis es dann in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wieder zu einer neuerlichen kommunistischen Staatsbejahung zugunsten der nationalen Aussöhnung im Dienst des antifaschistischen Abwehrkampfes kam. *Hilf* betont in diesem Zusammenhang, daß die KPTsch als einzige übernationale Partei in einer Zeit der sich zuspitzenden nationalen Gegensätze eine Möglichkeit aufzeigte, die nationale Konfrontation in den böhmischen Ländern zu überwinden³⁶.

sjezdu Komunistické strany Československa, in: ČsČH 35 (1987), S. 46-74; I. Krempa: Revoluční otázka Klementa Gottwalda, in: ČsČH 30 (1982), S. 161-72; ders. /F.I. Firsov: Komunistická internacionála a Komunistická strana Československa, in: ČsČH 27 (1979), S. 351-79; F. Sivák: Z bojov KSČ proti buržoáznemu parlamentarismu (1921-1938), Bratislava 1981.

³⁵ Vgl. H. Kuhn: Der Kommunismus in der Tschechoslowakei. Organisationsstatuten und Satzungen, Köln 1965; ders.: Zur Sozialstruktur der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: BohJb 3 (1962), S. 426-67; P. E. Zinner: Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918-48, London 1963. Vgl. weiterhin W. Olschies: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation, in: Die ČSR als multinationaler Parteienstaat (1979), S. 155-86; ders.: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938), in: Die demokratisch-parlamentarische Struktur (1975), S. 53-82; Zd. Hejzlar: Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln-Frankfurt/M. 1976; sowie Zd. Suda: Zealots and Rebels. A History of the Ruling Communist Party of Czechoslovakia, Stanford 1980.

³⁶ Vgl. R. Hilf: Die Stellungnahme der Komintern und der KPČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern, in: BohJb 5 (1962), S. 334-407; ders.: Das sudetendeutsche Problem in der Zwischenkriegszeit und die Position der Linken, in: L. Grünwald: Sudetendeutsche - Opfer und Täter. Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und ihre Folgen 1918-1982, Wien 1983, S. 25-39. Vgl. auch H. Kuhn: Die Stellung der Kommunistischen Partei

Große Forschungslücken - auch als Grundlage für die vorliegende Arbeit - bestehen weiterhin im Bereich der Sozialgeschichte. So wissen wir bislang vergleichsweise wenig über die Beschaffenheit sozialer Milieus, über die sozialen, kulturellen und politischen Bindungen der unteren Gesellschaftsschichten in urbanen und ländlichen Lebensformen sowie über die Frage, ob diese Milieus tatsächlich so zersplittert waren, wie es sich aufgrund der spezifischen Sozialstruktur der böhmischen Länder vermuten läßt. Ebenso fehlen noch ausreichend historische Fallstudien, die Aufschluß über die Funktionsweise des politischen Systems geben könnten.

Gliederung der Arbeit und Quellengrundlage

Die komplexe Fragestellung und der umfangreiche Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit legen eine systematische Gliederung der Analyse nahe. Im Fokus der Kapitel 2 und 3 stehen die strukturpolitischen sowie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zum einen die potentiellen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten der Sozialdemokraten eingrenzten und zum anderen die politischen Motive und Zielvorstellungen der beiden Parteivorstände prädisponierten. Hierfür ist eine Analyse über den engeren Betrachtungszeitraum der Arbeit hinaus notwendig, da nur hierdurch die eingeschlagenen Antikrisenstrategien von ČSD und DSAP in den dreißiger Jahren umfassend hergeleitet, erklärt und abschließend beurteilt werden können. Anhand der Darstellung der sozialdemokratischen Grundsatzpositionen zu den Problemen der Entwicklung des politischen Systems und der nationalen Frage in den böhmischen Ländern soll für die weitere Fragestellung erarbeitet werden, wie die ČSD und die DSAP die Grundzüge ihrer politischen Strategien gestalteten, wie und in welcher Form sie hierin die Bezugspunkte 'Klasse', 'Nation' und 'Staat' in Einklang brachten und wie sich daraufhin ihre politische Beziehung entwickelte.

In den Kapiteln 4, 5 und 6 werden für jede der drei Arbeiterparteien gesondert die Entwicklungen ihrer unterschiedlichen antifaschistischen Strategien analysiert. Der methodische Schwerpunkt liegt zunächst auf der Theoriedebatte, d.h. auf der Faschismusanalyse, deren Zuordnung zu Theorieschulen und den dort geäußerten Einschätzungen bzgl. des Gefahrenpotentials der SHF/SdP sowie des heimischen Faschismus in zeitlicher Perspektive. Im Vordergrund des Interesses steht dabei die Frage, ob sich Lernprozesse aufzeigen lassen. Diese beziehen sich sowohl auf die sozialistische Faschismusanalyse im Sinne von Fortschritten in der Theoriebildung als auch im Hinblick auf die theoretischen Grundlagen für politisches Handeln. Hierbei muß allerdings - wie verschiedentlich angemerkt wurde - bedacht werden, daß sich aus theoretischen Grundpositionen alleine noch keine konkreten Handlungsanweisungen ableiten lassen³⁷. Im zweiten Schritt wird daher dargestellt werden müssen, welche strategischen Konzepte und

der Tschechoslowakei zur sudetendeutschen Frage, in: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert, München 1967, S. 157-75.

³⁷ Vgl. zu dieser Problematik R. Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt/M. 1986, S. 9 der Einleitung.

taktischen Lösungswege die Parteien aus ihren theoretischen Überlegungen generieren konnten, um die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die sich aus der Wirtschaftskrise und dem innenpolitischen Rechtsruck ergaben, meistern zu können. Auf diese Weise kann erst sinnvoll das Problem diskutiert werden, ob die eingeschlagenen Strategien eine angemessene Reaktion auf diese Herausforderungen darstellten und welche Erfolge der jeweilige antifaschistische Kurs im Rahmen der politischen Gesamtentwicklung der ČSR versprach. Dabei wird ebenfalls zu untersuchen sein, welchen Stellenwert - neben der jeweiligen Form der Faschismusanalyse - hierfür äußere Einflüsse und tagespolitische Ereignisse einnahmen, d.h. ob es Generallinien gab, welche dogmatisch verfolgt wurden, oder ob die gewählten Strategien nach politischen Mißerfolgen hinterfragt und ggf. geändert wurden. Für die Fragestellung der Arbeit wird jedoch die Frage entscheidend sein, inwieweit die beiden sozialdemokratischen Parteien bei der Auswahl ihrer strategischen und taktischen Positionen auf die Diskussionen in der Schwesterpartei Bezug genommen und versucht haben, diese mit der politischen Linie der Koalitionspartnerin in Übereinstimmung zu bringen, sowie das Problem, wie sie auf die Strategieänderung in der KPTsch reagierten.

Die Darstellung der faschismustheoretischen und abwehrstrategischen Diskussionen soll bewußt breit angelegt sein, um möglichst das gesamte Spektrum der Faschismusdiskussion in der ČSD, in der DSAP und in der KPTsch nachzuzeichnen und auf diese Weise einzelne Theorieschulen und Faktionen zu identifizieren. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die nicht unerhebliche Frage, ob es innerhalb der beiden sozialdemokratischen Parteien politisch-programmatische Ansätze gab, die sich ungeachtet der offiziellen politischen Linie der Parteivorstände in irgendeiner Form verbinden ließen. Ein besonderes Augenmerk wird deshalb auf die programmatischen Vorstöße der Autorengruppe in der *Dělnická akademie* und auf die volksozialistische Konzeption Wenzel Jakschs gelegt. Insgesamt finden innerparteiliche Lagerkämpfe aber nur insoweit Berücksichtigung, wie sie auch tatsächlich Einfluß auf die Strategiedebatten ausüben konnten. Ausgeblendet bleiben ferner die Bereiche der Arbeitskämpfe durch die Gewerkschaften sowie die theoretischen Diskussionen über Mobilisierungsstrategien, Propagandaformen und Agitationstechniken in den Wahlkämpfen. Diese thematische Einschränkung ist damit zu rechtfertigen, daß der Kampf der politischen Arbeiterbewegung nicht auf der Straße zu gewinnen war und er bei den Sozialdemokraten vor dem Hintergrund ihrer Legalitätsstrategie zudem eine nachrangige Bedeutung einnahm.

Ziel der Analyse der Theoriedebatte ist es aufzuzeigen, daß die theoretische Auseinandersetzung der tschechischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten mit dem soziopolitischen Phänomen Faschismus in der Kontroverse sowohl ausgewogen als auch realitätsnah und klar war. Der soziale Charakter des Faschismus wurde ebenso erklärt wie seine soziale Basis und seine Funktion im Rahmen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. Auch wenn die innere und äußere Bedrohung des Staates zeitweise als überwindbar erachtet wurde, hat es in der Sozialdemokratie zu keinem Zeitpunkt eine Unterschätzung des Nationalsozialismus gegeben. Ebenso machte sich niemand Illusionen darüber, daß es ein Fortbestehen der organisierten Arbeiterbewegung im 'Faschismus an der Macht' nicht geben werde. Damit verschafften sie sich eine

wichtige Voraussetzung für die Formulierung einer antifaschistischen Strategie und deren Umsetzung in Regierungspolitik. Es wird somit die These vertreten, daß es nicht Defizite in der Theoriearbeit waren, die den antifaschistischen Kampf der politischen Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern scheitern ließen, sondern daß in der ČSD und in der DSAP zunehmend unterschiedliche Prioritäten in der Parteistrategie gesetzt wurden, die auch durch die Anwendung unterschiedlicher Faschismustheorien bedingt, zum maßgebenden Teil jedoch durch äußere Faktoren und sozialgeschichtliche Bedingungsbeziehungen bestimmt waren, welche vor allem in der starken Ausprägung der Wirtschaftskrise in der ČSR, im politischen System sowie im nationalen Konflikt zu verorten sind. Eine Bewertung der sozialdemokratischen Politik nach der Maßgabe der Anwendung des 'richtigen' Faschismusbegriffs oder der 'richtigen' Methode in der Faschismusanalyse darf nach Ansicht des Verfassers keine Forschungsprämisse darstellen, denn mit Theorien und Theoretisieren hatte sich weder der Aufstieg Hitlers in Deutschland verhindern lassen noch hatte die Auseinandersetzung mit der Henleinbewegung hierdurch irgendeine Aussicht auf Erfolg. Es geht - wie *Helga Grebing* für die wissenschaftliche Diskussion um den sozialistischen Antifaschismus in der Weimarer Republik deutlich gemacht hat - vielmehr um die politischen Konsequenzen, die die Arbeiterparteien aus ihrer Faschismusanalyse zogen, und wie diese politisch umgesetzt wurden sowie um das Problem, "Praxis-Defizite erklärbar zu machen und der Theorie immanente Mängel ... situationsbedingt, zumindest situationsbezogen zu erklären"³⁸. Ferner versteht es der Verfasser unter methodischen Gesichtspunkten als problematisch, wenn der Übergang der Arbeiterparteien von der theoretischen Analyse zum politischen Handeln vom heutigen Wissensstand aus bewertet oder unter der Fragestellung diskutiert wird, inwiefern sie sich hierfür von der marxistischen Ideologie freimachen konnten. Dies ist unhistorisch und führt - wie im Falle der auf den Volkssozialismus konzentrierten Arbeiten - zur Polemik. Die sozialdemokratischen Politiker in den böhmischen Ländern waren in den dreißiger Jahren nun einmal Marxisten, und sie wurden in ihren tagespolitischen Entscheidungen auch von einem sozialistischen Klassenstandpunkt geleitet. Ebenso ist es andersherum unsinnig zu kritisieren, daß sich Parteitheoretiker wie verantwortliche Politiker von der 'reinen Lehre' des Historischen Materialismus entfernt haben, denn für sie waren schließlich auch aktuelle Einflußfaktoren maßgebend. Aus diesem Grund muß die zentrale Frage sein, ob es Hinweise für die Anwendung solcher Einsichten auf die politische Praxis der Parteien gab, die aus der theoretischen Analyse gewonnen worden waren, und ob sich diese wiederum mit den Ergebnissen der politischen Partner resp. einzelner Untergruppen kombinieren ließen. Entscheidend sind also die Fragen: Kam es infolge des historischen Einschnitts des Jahres 1933 (Machtergreifung Hitlers, Gründung der SHF) zu einer politisch-programmatischen Neuorientierung bei den Arbeiterparteien? Welche Positionen wurden zur Anwendung staatlicher Machtmittel gegen staats- und

³⁸ H. Grebing: Faschismus, Mittelschichten und Arbeiterklasse. Probleme der Faschismusinterpretation in der sozialistischen Linken während der Weltwirtschaftskrise, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 12 (1976), 443-60, S. 443. Vgl. auch dies.: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus 1924-1933, in: dies./K. Kinner (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 237-46; und dies.: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974.

systemfeindliche Organisationen eingenommen? Welche sozialen Perspektiven boten ihre Anti-krisenstrategien? Welche Priorität genoß die Lösung der Minderheitenfrage in diesen Strategien? Wurde die Möglichkeit zur außerparlamentarischen Arbeit und zur gesellschaftlichen Mobilisierung gegen den Faschismus ins Auge gefaßt? Welche Konzepte wurden zur Gewinnung neuer Wählerschichten vorgebracht?

In Kapitel 7 werden korrespondierend die außenpolitischen Strategien der beiden sozialdemokratischen Parteien analysiert und vor dem Hintergrund der spezifischen Bedrohungslage der ČSR nach 1933 diskutiert. Diese war von der zunehmend aggressiver werdenden Außenpolitik der nicht-saturierten Mächte und der durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Schwäche der Garantiemächte für die europäische Nachkriegsordnung beeinflusst. Dabei wird davon ausgegangen, daß die unterschiedlichen Krisen der dreißiger Jahre in ihrer Abfolge zu veränderbaren internationalen Konstellationen geführt haben, so daß auch das Münchener Abkommen nicht zwangsläufig als prädisponiertes Ereignis betrachtet werden muß. Ein alternatives sicherheitspolitisches Potential zur Westbindung und der Heranführung der UdSSR an die französischen Bündnisstrukturen für den Donauraum, das die Ereignisabfolge hätte nachhaltig verändern können, wird vom Verfasser in den verbündeten Staaten der Kleinen Entente gesehen. Eine rechtzeitige politische Neuausrichtung dieses Bündnisses hätte jedoch insbesondere weitreichende Veränderungen in den Handelsbeziehungen zur Voraussetzung haben müssen. Daher wird zu fragen sein, inwieweit die ČSD und die DSAP diese Zusammenhänge erkannt haben und ob sie zu der Einsicht gelangten, daß alternative Wege zur tschechoslowakischen Außenpolitik hätten beschritten werden können.

Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der letzten Phase des Kampfes der Arbeiterparteien gegen die Henleinbewegung im Jahr 1938. Hierin soll dargestellt werden, daß es zu diesem Zeitpunkt keine politischen Übereinstimmungen in der Beurteilung der nationalen Frage mehr gab, die die Basis für ein gemeinsames Vorgehen gegen die SdP hätten bilden können, so daß es auch seitens der ČSD keine entscheidende Initiative mehr gab, die DSAP gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien in die Regierung zurückzuholen. Während sich die DSAP unter der Führung ihres neuen Vorsitzenden Wenzel Jaksch durch weitreichende nationalpolitische Forderungen gegenüber der Henleinbewegung zu profilieren suchte, orientierten sich die tschechischen Sozialdemokraten immer stärker auf die Aufrechterhaltung der politischen Geschlossenheit im eigenen nationalen Lager. Dabei soll die fortschreitende Desintegration in der politischen Arbeiterbewegung jedoch vor allem symptomatisch für den generellen Zustand des tschechisch-deutschen Verhältnisses zu diesem Zeitpunkt verstanden werden.

Die Analyse der sozialdemokratischen und kommunistischen Theoriedebatte in der vorliegenden Arbeit stützt sich vor allem auf jene Foren, in denen politisch-programmatische Diskurse geführt wurden. Dies sind neben den Verhandlungen auf den Parteitag insbesondere die theoretischen Organe der drei Arbeiterparteien in der ČSR, Einzelausgaben aus den Parteiverlagen sowie die programmatischen Zeitschriften befreundeter, unabhängiger oder internationaler Organisationen. Da diese Publikationen nur vergleichsweise kleine Auflagen hatten und vorrangig für den innerparteilichen Klärungs- und Entscheidungsfindungsprozeß gedacht waren, las-

sen sich aus ihnen verhältnismäßig sichere Aussagen über die verschiedenen Ansichten zu ideologischen und politisch-strategischen Grundsatzpositionen in der politischen Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern und deren zeitliche Entwicklung treffen. Hierbei wurde versucht, alle maßgebenden Strömungen zu berücksichtigen, sofern von ihnen auch tatsächlich eine Einflußnahme oder zumindest ein Mindestmaß an Repräsentativität und Seriosität angenommen werden konnte. Daher wurden die Publikationen von unbedeutenden Splittergruppen sowie die Gewerkschaftsorgane und die Zeitschriften der nachgeordneten Parteiorganisationen nicht berücksichtigt. Ebenso wurde auf eine systematische Auswertung der parteieigenen Tagespresse verzichtet, da davon ausgegangen werden muß, daß die hier geäußerten Meinungen einerseits unter dem Eindruck tagespolitischer Entscheidungen nicht immer reflektiert waren. Andererseits dienten sie als wichtigstes Medium der Parteien auch zu Agitationszwecken, so daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß mit ihrer Hilfe primär politische Interessen und Absichten im Tageskampf verfolgt wurden. Die drei großen Tageszeitungen der ČSD, der DSAP und der KPTsch wurden daher nur punktuell als Ergänzung von Hintergrundinformationen hinzugezogen.

Deutlich schlechter ist die Quellenlage bei den Organisationsakten der zentralen Parteigremien. Das Parteiarchiv der DSAP ist aus Angst von Repressionen Anfang 1939 wahrscheinlich komplett beseitigt worden, das der ČSD bislang noch nicht wieder aufgefunden. Aus diesem Bereich existieren im wesentlichen nur die Bestände, die im Archiv für die Geschichte der KPTsch (AÚD KSČ) aufbewahrt und Anfang der neunziger Jahre dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei der Tschechischen Republik (A ČSSD) übergeben wurden. Hierunter befinden sich jedoch die fast lückenlosen Protokolle der Vorstandssitzungen und der Sitzungen des Exekutiv Ausschusses der ČSD aus den Jahren 1936 bis 1938, aus denen wichtige Hinweise und Hintergrundinformationen für die Situationsbewertungen durch die tschechischen Sozialdemokraten für diesen Zeitraum entnommen werden konnten. Im Gegensatz hierzu sind die Protokolle der Beschlußgremien der KPTsch komplett erhalten und wurden 1990 ins Staatliche Zentralarchiv der Tschechischen Republik (SÚA) integriert. Da sich die KPTsch jedoch über weite Phasen durch ein Parteiverbot bedroht sah, wurden die Protokolle äußerst knapp gehalten. Bisweilen wurden Beschlußfassungen sogar nur stichwortartig festgehalten, so daß auch hieraus nur bedingt verlässliche Aussagen über unterschiedliche Positionen in der Parteiführung abgeleitet werden können. Ebenso weisen die persönlichen Nachlässe sozialdemokratischer und kommunistischer Politiker deutliche Lücken für die Zeit vor 1945 auf. Hierin ließen sich nur Bewertungen aus der Retrospektive finden, deren Objektivität dem Verfasser überwiegend fraglich erschien, so daß sie nur punktuell hinzugezogen wurden. Insgesamt muß jedoch festgestellt werden, daß die Gefahr nicht vollkommen ausgeschlossen werden konnte, daß einzelne Quellen aufgrund ihrer reinen Existenz in ihrem Aussagewert überbewertet werden. Um dies kritisch zu reflektieren, wurde auf die umfangreichen Quelleneditionen zur Geschichte der KPTsch³⁹ und

³⁹ Vgl. Chtěli jsme bojovat. Dokumenty o boji KSČ a lidu na obranu Československa 1938, 2 Bde., Praha 1963; Na obranu republiky proti fašismu a válce. Sborník dokumentů k dějinám KSČ v letech 1934-1938 a k VI., VII. a

der DSAP⁴⁰ sowie zur sudetendeutschen Geschichte⁴¹ zurückgegriffen, auch wenn die Einseitigkeit der Quellenauswahl stets gewahrt bleiben muß. Als hilfreiche Ergänzung boten sich ebenfalls die vom Collegium Carolinum publizierten Gesandtschaftsberichte⁴², Quelleneditionen zum sozialdemokratischen Exil⁴³ und der von Šolle herausgegebene Briefwechsel Karl Kautskys mit Persönlichkeiten in der ČSR⁴⁴ an.

Von der Möglichkeit einer systematischen Zeitzeugenbefragung hat der Verfasser schnell Abstand genommen. Zum einen sind die damals die Verantwortung tragenden Parteipolitiker verstorben, und zum anderen erwiesen sich die Aussagen der noch lebenden 'Veteranen' als wenig repräsentativ und durch subjektive persönliche Erfahrungen und die Erinnerung in den Bahnen der oben skizzierten populären Geschichtsbilder vorbestimmt und daher wenig erhellend. Auf die Auswertung der Memoirenliteratur konnte aufgrund der dünnen Quellenbasis nicht vollständig verzichtet werden. Um weitere Mythenbildungen zu vermeiden, wurden diese Aussagen aber nur insofern berücksichtigt, wie dies quellenkritisch zu vertreten war.

In den parlamentarischen Klubs sowie in den interfraktionellen Gremien wurde entweder nicht protokolliert oder die betreffenden Dokumente sind für den Zeitraum zwischen 1933 und 1938 nicht mehr erhalten. Eine stichprobenartige Untersuchung der Protokolle des Rechts- und des Verteidigungsausschusses des Abgeordnetenhauses hat gezeigt, daß sich aus diesen Dokumenten keine Erkenntnisse bzgl. politischer Grundsatzpositionen in den Arbeiterparteien gewinnen lassen. Ähnliches läßt sich auch über die Protokolle der Kabinettsitzungen sagen. Da die inhaltlichen Verhandlungen in gesonderten Gremien ohne Protokoll geführt wurden, beschäftigte sich das Kabinett hauptsächlich mit verfahrenstechnischen Angelegenheiten, so daß sich aus diesen Archivbeständen auch keine Rückschlüsse auf politisch gegensätzliche Positionen innerhalb der Regierungskoalition ziehen lassen. Der zeitliche Aufwand, den eine systematische Auswertung der Archivbestände des Innenministeriums, insbesondere der geheimpolizeilichen Berichte über Parteiveranstaltungen erfordert hätte, stand in keiner Relation zu den zu erwartenden Ergebnissen und wurde daher unterlassen.

VIII. svazku spisů Klementa Gottwalda, Praha 1954; Za chléb, práci, půdu a svobodu. Sborník dokumentů k. II., III. a IV. svazku spisů Klementa Gottwalda, Praha 1954 u.a.

⁴⁰ Vgl. Kampf - Widerstand - Verfolgung (1983), a.a.O.; Seliger-Gemeinde (Hrsg.): Weg - Leistung - Schicksal. Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild, Stuttgart 1972 u.a. ; sowie Mejdrová (1997), a.a.O.

⁴¹ Vgl. F.P. Habel (Hrsg.): Dokumente zur Sudetenfrage, München-Wien 1984; E. Nittner (Hrsg.): Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1918-1967, München 1967.

⁴² Vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag: Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, Teil I: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Benes 1918-1921. Berichte des Konsuls von Gebstättel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, München-Wien 1983; Teil IV: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933-1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil und des Gesandtschaftsrates von Stein. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heidrun und Stephan Dolezel, München 1991.

⁴³ Vgl. K. Klotzbach (Hrsg.): Drei Schriften aus dem Exil (Miles: Neu beginnen!, Otto Bauer: Die illegale Partei, Curt Geyer: Die Partei der Freiheit), Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1974; E. Matthias (Hrsg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968.

⁴⁴ Vgl. Karl und Luise Kautsky: Briefwechsel mit der Tschechoslowakei 1879-1939. Herausgegeben von Zdeněk Šolle unter Mitwirkung von Jan Gielkens, Frankfurt/New York 1993.